

Originalveröffentlichung: in: Christoph Cornelißen/Lutz Klinkhammer/ Wolfgang Schwentker (Hg.), Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945, Fischer, Frankfurt/M. 2003, S. 183-197.

Edgar Wolfrum

Die Suche nach dem »Ende der Nachkriegszeit« Krieg und NS-Diktatur in öffentlichen Geschichtsbildern der »alten« Bundesrepublik Deutschland

Von der Geschichte umstellt

Anfang 1965 – die Welt, außer Bonn, rüstet zur Feier des 20. Jahrestags des 8. Mai 1945.¹ An dem Tag selbst ist Bonn so einsam wie noch nie zuvor in seiner Geschichte. Militärparaden im holländischen Amersfoort, in Breslau, Prag, Belgrad, Moskau, Ost-Berlin und auf den Pariser Champs-Élysées. Feuerwerkskörper am Nachthimmel Hollands und Frankreichs, millionenfaches Kerzenlicht in Belgien, Dänemark und Norwegen, überall haben die Kinder schulfrei. In Moskau wird das erste Grabmal des Unbekannten Soldaten eingeweiht: Parteichef Leonid Breschnew entzündet im Alexandergarten des Kreml eine Ewige Flamme, deren Feuer vom Leningrader Gefallenenehrenmal in einem Panzerspähwagen in die Hauptstadt gebracht worden war; man fährt sie zum Grabmal, das von sechs Granitsteinen umrahmt wird, die mit Erde aus den sechs Heldenstädten der Sowjetunion – Leningrad, Kiew, Wolgograd, Sewastopol, Odessa und Brest – gefüllt sind. Wie viele Länder der Erde hat auch China eine Delegation geschickt; selbst der indonesische Verteidigungsminister ist nach Moskau geflogen und hört jetzt, wie Breschnew die Bundesrepublik Deutschland hart angreift und eine etwaige deutsche Wiedervereinigung mit Hitlers Machtantritt vergleicht. Die polnische Regierung hält die Feiern in demonstrativer Form in Breslau ab, wo Parteichef Gomulka »Polens heiliges Recht auf seine Westgebiete« bekräftigt und ebenfalls heftige verbale Attacken gegen die Bundesrepublik richtet.² Auch der tschechoslowakische Staatspräsident Novotny brandmarkt westdeutsche Politiker als üble, den Weltfrieden gefährdende Revanchisten. Überall im Osten wird die Bundesrepublik auf die Anklagebank gesetzt.

SED-Chef Walter Ulbricht frohlockt und ordnet in Ost-Berlin Feiern wie die von Siegern an. Einundzwanzig Schuss Salut donnern dem großen Umzug voraus, was dann kommt, ist eine Mischung aus exaktem Zere-

monieell preußischer Paradeseligkeit und klotziger Waffenschau. Hier, in der antifaschistischen DDR, und nur hier, ertöne die Stimme der deutschen Nation, versichert Ulbricht; in Westdeutschland hingegen müsse die Befreiung von 1945 erst noch nachgeholt werden. Pünktlich zum Mai erscheint in der DDR ein neues »Braunbuch« über angeblich NS-belastete Persönlichkeiten in der Bundesrepublik.

Zu allem Unglück lassen auch die Westmächte die Bundesrepublik allein. Es wird nach Siegern und Besiegten geschieden. Staatspräsident Charles de Gaulle hat in Paris eine Feier der Superlative organisiert, so als habe Frankreich den Krieg gegen das »Dritte Reich« allein gewonnen. Glücklicherweise haben sich Bonns Sorgen mit Blick auf Großbritannien nicht bestätigt; hier entsteht keine Welle antideutscher Gefühle. Der amerikanische Präsident spricht am 8. Mai zu den Völkern der Vereinigten Staaten und Westeuropas und betont die Verantwortung der Siegermächte für die Zukunft Deutschlands. Aber auch die USA und England sind gegenüber Frankreich eingeknickt. Denn Bonn hatte all seine diplomatische Energie für eine gemeinsame Deutschland-Erklärung der drei Westmächte zum 8. Mai eingesetzt: Sie sollte Bekenntnis zur Wiedervereinigung sein und Bestätigung, dass die (West-)Deutschen als gute Demokraten ihre Vergangenheit überwunden hätten. Das Ansinnen wird von Frankreich brüsk abgelehnt. Die beiden anderen Westmächte fügen sich. Dies kommt einem Schlag ins Gesicht der bundesdeutschen Diplomatie gleich.

In der Bundesrepublik wird nicht gefeiert, aber in der Öffentlichkeit ist der »Jahrestag der Kapitulation« so präsent wie nie zuvor. 1964 und 1965 sind die Deutschen von ihrer Geschichte gleichsam umstellt und können nicht entrinnen. 1964 waren gleich vier epochale Ereignisse auf dem Gedenkcalender rot umrandet: die 25. Wiederkehr der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, der 20. Jahrestag des 20. Juli 1944 und der 15. des Grundgesetzes, womit die Bundesrepublik Weimar überdauert hatte. 1965 schließlich gilt es, den 20. Jahrestag von 1945 zu begehen, und das Datum wird auch mit dem 10. Jahrestag der Souveränität der Bonner Demokratie verknüpft; nicht vergessen worden ist, dass auch ein Großer »Geburtstag« hat: Otto von Bismarck, Gründer des Deutschen Reiches, wurde vor 150 Jahren geboren. Er erfährt auf einer Gedenkfeier im Deutschen Bundestag eine parteiübergreifende Huldigung; sein Vermächtnis: die deutsche Wiedervereinigung.³

Das Allein-Gelassen-Sein und die Propaganda-Kampagne aus dem Osten

schweißt die Politiker aller Parteien zusammen. Bundeskanzler Ludwig Erhard wendet sich am 8. Mai über das Fernsehen an das deutsche Volk. Er rät ihm, sich vom Osten nicht durcheinander bringen zu lassen, sich weiterhin mit Selbstvertrauen zu rüsten. »Wir haben wahrlich keinen Anlass«, so der Regierungschef, »diesen Tag zu feiern. Voller Trauer gedenken wir der zahllosen Opfer dieser schrecklichen Zeit, die Hekatomben von Blut gefordert hat: unserer Gefallenen, der Ermordeten – wer immer die Mörder waren.« Erhard dankt den westlichen Siegermächten für die Aufbauhilfe. Dann dankt er Gott für die »Gnade, dass wir noch einmal die Kraft fanden, von neuem zu beginnen, dass wir uns aus Schutt und Trümmern eine neue Welt bauen konnten, dass wir eine wirtschaftliche und soziale Ordnung errichteten, die, was Menschenwerk nur immer vermag, Not zu lindern und Schuld zu sühnen versuchte.« Das deutsche Volk, »das für die Menschheit Großes geleistet hat und die Kraft aufbrachte, sich selbst zu erneuern, darf seiner Zukunft gewiss sein«, schließt der Bundeskanzler.⁴ Wenige Monate später, in seiner Regierungserklärung vom 10. November, wird er vom »Ende der Nachkriegszeit« sprechen, das nun eingetreten sei.

Die Sozialdemokraten hatten vor dem 8. Mai noch versucht, eine intensivere Auseinandersetzung mit der Vergangenheit anzumahnen und Versäumnisse während der Adenauerzeit aufzuzeigen. Nun aber, angesichts der großen antideutschen Propagandawelle aus dem Osten, ist davon nichts mehr zu spüren. Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von Berlin und SPD-Vorsitzender, sieht sich vielmehr veranlasst, ein »geläutertes Volk« vor Verleumdungen in Schutz zu nehmen. »Zwanzig Jahre sind genug – genug der Spaltung, genug der Resignation und genug des bloßen Zurückschauens.« Diese letzten zwanzig Jahre, so Brandt voller Pathos, »sind unsere Arbeit und unsere Sorgen, unsere Einsicht und unsere Standhaftigkeit, unsere Hoffnung und unser Stolz, sie sind unser Leben.«⁵

Die deutsche Öffentlichkeit fragt sich: Kann man das Schuldbuch der Vergangenheit zuschlagen? Die seit einigen Jahren vor bundesdeutschen Gerichten ausgetragenen NS-Prozesse würden, so heißt es häufig, das mühsam wiedergewonnene Ansehen (West-)Deutschlands in der Welt erneut untergraben. Und wer kennt schon die Stätten der nationalsozialistischen Verbrechen auf dem Boden der Bundesrepublik? Erst nach jahrelangem Drängen ehemaliger Häftlinge ist im Süden Deutschlands das Konzentrationslager Dachau zur Gedenkstätte ausgebaut worden und

wird im Mai 1965 eingeweiht. Bergen-Belsen im deutschen Norden wird erst ab Mitte der 60er Jahre schrittweise zu einer Gedenkstätte umgewandelt. Ende April jedoch hält Bundespräsident Heinrich Lübke am KZ-Ehrenmal von Bergen-Belsen vor 8000 Menschen eine »Rede an die Deutschen«, die in Form kleiner Broschüren zehntausendfach unters Volk gebracht wird. Er widerspricht denen, »die unserem Volk zureden, es müsse nun endlich einmal Schluss sein mit der Schattenbeschwörung aus den Tagen einer furchtbaren Vergangenheit. Nicht wir beschwören die Vergangenheit«, ruft Lübke aus, »die Schatten beschwören uns, und es liegt nicht in unserer Macht, uns von ihrem Bann zu entziehen. Was durch Hitler und seine Vertrauten an Verbrechen geschah, geschah nicht mit dem Willen des deutschen Volkes, wohl aber in seinem Namen. Wer schweigt, wer sich gegen eine solche Schändung seines Namens nicht mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzt, der muss sich gefallen lassen, dass man sein Schweigen falsch auslegt.«⁶

Im Herbst 1965 bricht dann doch noch heftiger Streit aus. Die Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland »Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn« sorgt im In- und Ausland für erhebliche Aufregung. Die EKD plädiert vorsichtig für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und hält das von den deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen so lautstark reklamierte »Recht auf Heimat« für problematisch. Was hat die Theologie in der Politik verloren, fragen sich viele. Vizekanzler Erich Mende von der FDP, zugleich Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, spricht polemisch von »theologischen Anerkennungsangeboten an Warschau«. Er lässt keinen Zweifel daran, dass die Bundesregierung die Dinge vollkommen anders sieht als die Kirche, deren Tabubruch aber viele zum Nachdenken bringt.⁷

1965 – das war ein Übergangsjahr in der öffentlichen Erinnerung der Bundesdeutschen an Krieg und NS-Diktatur. Sichtbar wurde: Der Streit um die Geschichte ist von vielen Variablen abhängig, von nationalen wie internationalen. Im Medium der Geschichtspolitik wird staatlich-politisches Selbstverständnis sichtbar, sie prägt die politische Kultur eines Landes.⁸ Vieles, was zuvor eine Rolle spielte, und vieles, was danach wichtig werden sollte, schien im Jahr 1965 schlaglichtartig auf. Alles lässt sich in zwei Komplexen bündeln: Sieger und Besiegte sowie Täter und Opfer.

Sieger und Besiegte

Wie die DDR vorgab, sie allein hätte die richtigen Lehren aus der NS-Vergangenheit gezogen, so war sich auch der größte Teil der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland sicher, dass nur der Westen aus der Geschichte gelernt habe. Zwar erschienen den Westdeutschen zunächst die Besatzungsjahre als eine Periode tiefer moralischer Konfusion, gekennzeichnet von Umerziehung, Entnazifizierung und Kollektivschuld-Debatte. Zunehmend breitete sich ein deutsches Selbstmitleid aus. Aber die Grundlage des Selbstverständnisses der dann 1949 gegründeten Bundesrepublik war die kontrastive Absetzung vom »Dritten Reich«. Ein westliches Institutionengefüge schien der beste Garant dafür, den Nationalsozialismus überwinden zu können.⁹ Die Chiffre »Freiheit des Westens« avancierte zur Zentralkategorie. Freiheit war die wichtigste aktive Legitimitätsressource im Ost-West-Konflikt, und für Westdeutsche wurde die »Verteidigung der Freiheit«, nicht zuletzt mit Blick auf Berlin, zu einer Art Konsensformel. Freiheit war dabei ein eher statischer Wert und umfasste noch nicht eine Ausweitung demokratischer Freiheiten oder einen immer größeren Zugewinn an Partizipation, wie es seit Mitte der 60er Jahre der Fall sein sollte. Im öffentlichen Geschichtsbild dokumentierte Freiheit, dass man zum Westen dazugehörte – oder zumindest dazugehören wollte – und mit der verhängnisvollen deutschen Schaukelpolitik zwischen Ost und West, die für die deutsche Misere verantwortlich gemacht wurde, gebrochen hatte. Zeitgenössische Umfragen verwiesen auf eine zunehmende ideelle Verwestlichung der Bundesdeutschen. Auf die Frage des EMNID-Instituts »Haben Sie den Eindruck, dass wir heute zu der Gemeinschaft der westlichen Völker zählen können, oder stehen wir Ihrer Meinung nach als Feinde von gestern noch außerhalb?« meinten im Jahr 1951 erst 8 Prozent der Befragten, dass die Bundesrepublik voll dazugehöre. Am Ende der 50er Jahre waren es bereits 33 Prozent.¹⁰

Zur Freiheit gehörte der Antikommunismus, der hinsichtlich der NS-Vergangenheit einen Entlastungsmechanismus in sich barg. Die pathetische Selbstinszenierung der DDR und deren massenmobilisierenden Staatskult deutete man im Westen als eine neuerliche Ausgeburt des Totalitarismus, der die Nähe der braunen und der roten Diktatur bezeuge. Die Totalitarismustheorie erhielt im Klima des Kalten Krieges eine immer stärkere Prägung durch die DDR und die Sowjetunion. Der Nationalso-

zialismus wurde dementsprechend als deutsche Form einer europäischen Erscheinung interpretiert mit der Folge, dass die historischen deutschen Sonderentwicklungen kaum Erwähnung fanden. Es vermag daher nicht zu überraschen, wenn in einer Umfrage Anfang der 60er Jahre die meisten Deutschen im Westen das SED-Regime unter Walter Ulbricht für schlimmer hielten als die nationalsozialistische Diktatur.¹¹

Im vorherrschenden Geschichtsbild der 50er Jahre erschien die deutsche Teilung als Unrecht, das die Siegermacht Sowjetunion zu verantworten habe. Nach dem Aufstand des 17. Juni 1953 in der DDR verstärkte sich diese Sicht noch. In der Bundesrepublik erfuhr der daraufhin geschaffene »Tag der deutschen Einheit« jenseits des Parteienstreits über gesamtstaatliche Aufgaben und Verpflichtungen eine wesentliche Bedeutung für den Umgang mit der NS-Vergangenheit. Denn nicht nur, dass die Bundesrepublik nun noch stärker in den Kreis der Westmächte strebte und sich gegenüber dem Osten als moralische Siegerin sah. Man konnte vielmehr wieder von der Nation reden, ohne vom Nationalsozialismus sprechen zu müssen. Der 17. Juni bedeutete – so gesehen – eine Art von »Rehabilitierung der Nation«. Darüber hinaus galt der Aufstand gegen die kommunistische Diktatur im geschichtskulturellen Diskurs der Bundesrepublik gesellschaftsübergreifend als Zeugnis für die antitotalitäre Gesinnung aller Deutschen – obwohl doch die Deutschen im Westen an den Ereignissen gar nicht beteiligt, sondern nur Zuschauer waren. Rainer Barzel, CDU-Minister für Gesamtdeutsche Fragen, hielt ihn 1964 für einen unwiderlegbaren Beweis »der bewältigten Vergangenheit in unserem Volk«; niemand widersprach ihm.¹²

Die Westintegration der Bundesrepublik und die Aussöhnung mit dem »Erbfeind« Frankreich war ein wichtiger Aktivposten, stellte aber nur die eine Seite dar. Die andere war eine Verhärtung gegenüber dem Osten. Die Westpolitik Konrad Adenauers entsprach in keiner Weise einer in die Zukunft gerichteten Ostpolitik. Die polnische Westverschiebung sowie die Flucht und Vertreibung der Deutschen vergifteten das Klima. Polen galt als treuer Satellit Moskaus und war wichtiger Bestandteil des ideologischen »Feindbildes« in der Bundesrepublik.¹³

All die genannten Aspekte hatten Auswirkungen auf die zeitgenössischen Mentalitäten und auf die Erinnerungskultur. Doch ab Mitte der 60er Jahre fragte sich eine jüngere Politikergeneration vor allem aus den Reihen der Sozialdemokraten und der Liberalen öffentlich, ob bisher nicht zu viel von deutschen Rechtsansprüchen und zu wenig von deutschem Versagen

und Schuld die Rede gewesen war. Waren die Ostgebiete nicht wegen deutscher Schuld verloren gegangen? Konnte man die Furcht der Polen und auch die der Russen nicht verstehen, wenn man sich die Vergangenheit vor Augen hielt? In einem Artikel des liberalen Vordenkers Wolfgang Schollwer 25 Jahre nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion kommt der allmähliche Klimawandel zum Ausdruck: »Der Angriff am Morgen des 21. Juni 1941 hat nicht nur die deutsch-sowjetischen Beziehungen auf Jahrzehnte hinaus aufs Schwerste belastet. Hitler provozierte mit seinem Krieg gegen die Sowjetunion zugleich unbewusst den Vormarsch der sowjetischen Armeen bis an die Elbe. Er wurde zum eigentlichen Verantwortlichen für die Sowjetisierung ganz Ost- und auch Südosteuropas. Das nationalsozialistische Deutschland schuf damit auch die Grundlagen für die Teilung, die Zerstückelung des ehemaligen Deutschen Reiches. Hitler war also nicht nur der Todfeind der Völker der Sowjetunion, sondern auch der Zerstörer der europäischen Ordnung und der Totengräber der deutschen Einheit.«¹⁴

Dass die deutsche Frage angesichts internationaler Entwicklungen seit Mitte der 60er Jahre neu fokussiert wurde, veränderte das historisch-politische Koordinatensystem der Bundesrepublik ebenso wie sich verstärkende tief greifende Revisionen am deutschen Geschichtsbild im Zuge der Fischer-Kontroverse, die rasch die Grenzen der Fachwissenschaft überschritt und weit in die Öffentlichkeit ausstrahlte. Die Entspannungspolitik, die Neue Ostpolitik der sozialliberalen Regierung seit 1969, der Ausgleich mit der Sowjetunion und die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und schließlich der Grundlagenvertrag mit der DDR – alles hatte erhebliche Auswirkungen auf öffentliche Geschichtsbilder in der Bundesrepublik. Der Osten konnte nun schwerlich die Behauptung aufrechterhalten, die Bundesrepublik sei revanchistisch; das entspannte das bisher aggressive zwischenstaatliche Klima. Innenpolitisch jedoch polarisierte diese neue Politik. Verzichts- und Verratsvorwürfe an die Bundesregierung kamen von der Opposition und vor allem von den Vertriebenenverbänden. Als die Regierung am 8. Mai 1970 erstmals offiziell im Deutschen Bundestag des Kriegsendes gedachte, protestierte die CDU/CSU energisch gegen eine solche »Kapitulations-Würdigung«; nationale Niederlagen könne man nicht feiern.

Willy Brandts Kniefall am Mahnmal des Warschauer Ghettos, der von der bundesdeutschen Bevölkerung seinerzeit noch sehr gemischt aufgenommen wurde, verdichtete vieles, besonders aber zweierlei: die Aner-

kennung deutscher Schuld und Verantwortung sowie die Darstellung der Bundesrepublik als Friedensmacht. Die Neue Ostpolitik erinnerte an die Wurzeln des deutschen Unheils, das 1933 bei Hitler lag oder vielleicht sogar noch früher in den strukturellen Problemen des Deutschen Kaiserreichs. Die deutsche Frage wurde europäisiert, und die Sozialliberalen glaubten, die Vergangenheit »besiegt« zu haben; sie wähten sich nun ihrerseits am Ende der Nachkriegszeit.¹⁵

Während die einen also dachten, die NS-Vergangenheit durch ständige Auseinandersetzung mit ihr »besiegt« zu haben, sahen deren konservative Kritiker die Bundesrepublik seit den 70er Jahren im Zustand einer »Dauerbüßerin«. Dadurch werde einem notwendigen Patriotismus – basierend auf einer affirmativen Beziehung zur eigenen Vergangenheit – permanent das Wasser abgegraben. Nach der Wende von 1982 wollte die neue Regierung die Bundesrepublik folgerichtig in den Stand eines »normalen« Staates heben. Dies verdeutlichte insbesondere die Inszenierung auf dem Soldatenfriedhof von Bitburg im Jahre 1985. Gemäß den Intentionen der konservativen Medien und des Bundeskanzleramtes sollte die Versöhnungsgeste zwischen dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan und dem deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl vor aller Welt dokumentieren, dass die Bundesrepublik nach vierzig Jahren erfolgreicher Demokratie fest an der Seite ihrer westlichen Freunde stehe. Die negative Vergangenheit sollte zu diesem Zweck nicht geleugnet, aber durch die Ehrung auch der deutschen Kriegsoffer ausbalanciert werden. Die Bitburg-Feier sollte ein Ende der dauernden Diskurse um die Vergangenheitsbewältigung bedeuten und die Bundesrepublik mit einem positiven Gründungsmythos einer rechtsstaatlichen Demokratie nach westlichem Muster unter weitmöglichster Ausklammerung der NS-Vergangenheit ausstatten. Nicht nur die DDR hatte sich auf die Seite der Sieger gestellt, sondern auch die Bundesrepublik Deutschland.¹⁶

Täter und Opfer

In den ersten Jahren nach 1945 ging es den meisten Deutschen um die Abwehr eines Traumas: das der Kollektivschuld. Verschiedene Entlastungsmechanismen bildeten sich aus, so in erster Linie das Schweigen, aber auch geschichtspolitische, nämlich die klare Trennung von NS-Regime und deutschem Volk. Das Regime bzw. einzelne Personen waren die

Täter; das Volk war das Opfer. An die Stelle der Kollektivschuld trat die Kollektivunschuld. Tätergedächtnisse stehen allgemein unter dem Druck einer Art von vitaler Vergesslichkeit,¹⁷ doch im besonderen westdeutschen Fall traten eine Reihe von Maßnahmen hinzu, welche die Erinnerungslandschaft so ausgestalteten, dass fast nur das Opfergedächtnis sichtbar war.

Betrachtet man die bundesdeutsche Denkmalskultur der 50er Jahre, so stößt man in erster Linie auf Denkmäler für die deutsche Einheit, daneben auf zahlreiche Denkmäler, die der Flucht und Vertreibung der Deutschen und der gefallenen Soldaten gedachten. Denkmalssetzungen sind Akte selektiver Erinnerung, und bei einem Denkmal handelt es sich um eine Vermittlungsform, die Eindeutigkeit verlangt. Denkmäler eignen sich, anders gesagt, kaum als Medium enzyklopädischer Ausgewogenheit oder historiographischer Differenzierung. Die Errichtung der Monumente vollzog sich zumeist auf der lokalen Ebene, wurde von kommunalen Behörden, von Honoratioren und Vereinen vorangetrieben. In den Kommunen, überall im Land, in den kleinen Dörfern und größeren Städten, beging man auch den wieder eingeführten Volkstrauertag auf eigene Weise. Die offizielle, abgewogene politische Diktion, die aus Bonn kam, spielte hier kaum eine Rolle mehr, sondern das Gedenken – das nicht mehr Heldengedenken war, vielmehr Opfergedenken – verengte sich auf die eigenen Soldaten, auf die gefallenen Väter, Ehemänner und Söhne, deren Tod ein Sinn abgerungen werden musste. Dieser Umgang mit der Vergangenheit in Denkmälern und Reden auf der lokalen Ebene war im Übrigen in Österreich nicht anders, und Anton Pelinka sieht darin eine Art von plebiszitärer Geschichtsschreibung »von unten« – eine treffliche Formulierung, die auch auf die Bundesrepublik Deutschland übertragen werden kann.¹⁸ Mit der Verteidigung der Ehre der Wehrmachtssoldaten ging allerdings einher, dass dem Widerstand gegen das Regime die Legitimität abgesprochen wurde. Denn wenn Pflichterfüllung bis zum Tod zur Norm eines ehrenvollen Handelns wird, gerät zwangsläufig der Widerstand gegen das »Dritte Reich« in die Nähe nationalen Verrats. So haftete für die Masse der Bevölkerung den Hitler-Attentätern des 20. Juli 1944 noch lange das Stigma von »Landesverrättern« an, und Widerstandsaktivitäten aus weniger gehobenen Gesellschaftsschichten wurden ohnehin mit einem Odium belegt.¹⁹

Angeichts der vielen deutschen Kriegsgefangenen, die sich noch in der Sowjetunion befanden, war es verständlich, dass die Opferperspektive

dominierte. Die einfachen Soldaten waren in dieser Sicht geschundene Kreaturen, leidende und passive Objekte der kriegerischen Gewalt und des militärischen Repressionssystems, und die Erzählungen über sie und von ihnen handelten vom Leiden am Krieg, nicht vom Töten oder gar von der Lust am Töten. In dieser »Viktimisierungsfalle« steckte nicht zuletzt die Wehrmachtsforschung noch lange Zeit.²⁰ Diese Opferperspektive und das Bild von der missbrauchten, aber »sauberen« Wehrmacht verfestigte sich nicht zuletzt am Erinnerungsort Stalingrad. Bereits die nationalsozialistische Führung hatte versucht, die Schlacht zu mythologisieren und in aussichtsloser Lage ein Epos des Heldenkampfes und Heldenopfers der 6. Armee zu begründen. Stalingrad reihte sich ein in den NS-Kult um die toten Helden, deren Opfertod eine geschichtsmächtige Wirkung – in diesem Fall die Verbürgung des »Endsieges« – zugeschrieben wurde. Nach dem Krieg war der Erinnerungsort Stalingrad ein wichtiger Bestandteil der geteilten Erinnerung in Deutschland. In der DDR bedeutete Stalingrad den Ausgangspunkt für eine bessere, glücklichere Zukunft, und in dieser Katastrophe mit kathartischem Resultat lag der Ursprung der ostdeutsch-sowjetischen Freundschaft. Stalingrad bedeutete der SED-Führung der Triumph des »gerechten Krieges« gegen die faschistischen Eroberer.²¹

In literarischen, autobiographischen, aber auch in historiographischen Darstellungen aus der Bundesrepublik Deutschland hingegen wurden bis in die 70er Jahre hinein »verpasste Chancen« diskutiert – etwa die Möglichkeit eines Ausbruchs aus dem Kessel –, und das Scheitern der 6. Armee blieb irgendwie rätselhaft. Joseph Vilsmaiers Film »Stalingrad« von 1993 erneuerte – ebenso wie die zahlreichen Doku-Dramen im Fernsehen anlässlich der 50. Wiederkehr der Schlacht – das Bild des deutschen Soldaten, der vielen Feinden gleichzeitig zum Opfer fiel: einem großwahnwitzigen Führer, feigen Generälen, russischen Panzern und einem gnadenlosen Winterwetter.²² Die Provokation der Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944«, die seit Mitte der 90er Jahre für Furore und Wut sorgte, bestand darin, diesen in der Öffentlichkeit (nicht mehr in der Forschung) so lange vorherrschenden Viktimisierungsdiskurs radikal in Frage gestellt zu haben.

Ein weiterer bedeutender Aspekt, der einer Opferperspektive Nahrung gab, darf nicht außer Acht bleiben. Die erst seit den 70er Jahren in Ritualen erstarrte und zugleich marginalisierte Erinnerung des Themas »Flucht und Vertreibung« (sofern es außerhalb der Vertriebenenverbände

nicht gänzlich dem Vergessen anheim fiel) hat oft dazu geführt, seine zentrale Rolle in den 50er und 60er Jahren zu unterschätzen. Der Verlust der Heimat wurde in der Bundesrepublik in mehrfacher Weise zu kompensieren versucht: materiell durch den Lastenausgleich, politisch-juristisch durch die Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze und das proklamierte Recht der Vertriebenen auf Rückkehr in die Heimat und symbolisch etwa durch Straßenbenennungen nach Städten, Regionen oder Landschaften der ehemaligen deutschen Ostgebiete oder durch die bereits erwähnten Denkmäler, die an Flucht und Vertreibung erinnerten.

Für eine Rekonstruktion nationaler Identität boten sich in diesem Kontext drei Möglichkeiten an: Erstens die kritische Selbstreflexion mit Blick auf eine Nation von Mitläufern und Tätern, was das Eingeständnis von Schuld und Versagen mit sich gebracht hätte, und zeitlich erst mit Beginn der Neuen Ostpolitik seit 1969 sowie – generationell gesehen – insbesondere unter jenen breitere Zustimmung fand, die selbst weder am Aufbau des NS-Regimes noch am Zweiten Weltkrieg aktiv beteiligt gewesen waren. Zweitens ein aufgesetzter Antifaschismus ohne Selbstreflexion, welches die Lösung der DDR darstellte. Drittens die Betonung der eigenen nationalen Opferperspektive, die das Augenmerk weniger auf schuldhaftes Verstrickungen, vielmehr auf eigene Entbehrungen, Leid und Not richtete. Diese Sicht gewann in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten eine Hegemonie in der Bundesrepublik.²³ Nicht an die vom Ausland zugeschriebene Rolle als Täter wurde angeknüpft, sondern das Bild der Nation war in der kollektiven Erinnerung geprägt von der selbst zugeschriebenen Rolle als Opfer von Vertreibung und alliierten Bombennächten. Der Aufbaumythos der Bundesrepublik umfasste somit nicht nur einen ökonomischen Prozess; hinzu trat ein sozialpsychologischer. Bei der mentalen Rekonstruktion der Nation bildeten die Flüchtlinge und Vertriebenen einen zentralen Baustein, denn sie boten die Möglichkeit, die Leidensgeschichte der Deutschen in den Vordergrund und eine Auseinandersetzung mit eigener Schuld in den Hintergrund zu rücken.

Auch die Erinnerung an den Holocaust wurde so zunächst von der Erinnerung an die eigenen Opfer massiv überlagert. Bis Ende der 50er Jahre obwaltete in der Öffentlichkeit eine Art des »Nicht-genau-wissen-Wollens«. Selbst die Zeitgeschichtsforschung konzentrierte sich bevorzugt auf andere Bereiche, über die Judenvernichtung gab es nur einzelne Quelleneditionen und kurze Aufsätze. Mit der Kölner Synagogenschändung an Weihnachten 1959 war diese Zeit zu Ende, und die Politik reagierte

mit energischen Aufklärungskampagnen. Die großen NS-Prozesse – Ulmer Einsatzgruppen-Prozess 1958, Eichmann-Prozess in Jerusalem 1961/62, Auschwitz-Prozess in Frankfurt 1963/64 und die nachfolgenden Prozesse – sowie die Verjährungsdebatten im Deutschen Bundestag und nicht zuletzt künstlerische »Skandale« wie die öffentliche Erregung über Rolf Hochhuths Theaterstück »Der Stellvertreter« trieben den Diskurs über den Nationalsozialismus und seine Verbrechen voran. Dies alles führte zu Lernprozessen in der Bevölkerung und längerfristig auch zu einem Einstellungswandel.²⁴ Bisher hatte jede öffentliche Thematisierung der NS-Vergangenheit das Ziel verfolgt, die »Ehre« des deutschen Volkes, der Kriegsgeneration oder der Wehrmacht zu wahren. Gewöhnliche Deutsche waren als Opfer, selten als Täter thematisiert worden. Nun verschoben sich die Maßstäbe: Die Verurteilung der NS-Verbrechen als ein Verstoß gegen universelle Menschenrechte, ohne relativierende Einschränkung zugunsten einer nationalen Ehre der Deutschen, brach mit den bisher vorherrschenden Wertetraditionen.

Allerdings führte die politisierte Faschismusdebatte nach der »Bewusstseinsrevolution« von 1968 – so sehr sie auch die Tätergeneration anklagte – zu einer »Phase der zweiten Verdrängung«, ²⁵ insofern Täter, Tatorte, Helfershelfer und vor allem die Opfer angesichts abstrakter Theoriegebäude vollkommen anonymisiert wurden. Die Wirkung der amerikanischen TV-Serie »Holocaust«, die 1978 im Deutschen Fernsehen ausgestrahlt wurde, ist umstritten. Wenn aber die eingesetzte Gefühlsdramaturgie etwas Wichtiges bewirkte, so war dies ein neuer, emotionaler Blick auf die Opfer. Methodische Ansätze der Alltagsgeschichte brachten in den 80er Jahren dann eine zunehmende »Rekonkretisierung« der Forschung. In der Bundesrepublik entstand eine reiche und hochgradig differenzierte Denkmalslandschaft. Die Denkmalsbewegung belebte sich aus unterschiedlichen Gründen heraus: eine Rolle spielte die wachsende zeitliche und generationsmäßige Entfernung vom »Dritten Reich«, aber auch der Aufschwung lokalgeschichtlicher und stadtteilbezogener Initiativen war wichtig und nicht zuletzt das Bestreben, der schnelllebigen Medienvermittlung Dauerhafteres gegenüber zu stellen. Der Holocaust blieb schließlich auch nach dem »Historikerstreit« von 1986/87 im Zentrum bundesdeutscher Erinnerung. Doch darüber hinaus entstand auf linksliberaler Seite eine aus »Auschwitz« abgeleitete Verzichtsethik, die die deutsche Teilung als »gerechte« Strafe für das Volk der Täter klassifizierte, bisweilen ohne zu bedenken, wie ungleich die Lasten zwischen

West- und Ostdeutschen verteilt waren und wer vor allem die Rechnung für Hitler bezahlen musste. Als die deutsche Einheit 1989/90 unverhofft kam und diese Geschichtsmetaphysik ad absurdum führte, mündete diese Verzichtsethik bei einem Teil der Bundesdeutschen in eine Reserviertheit gegenüber dem gesamtdeutschen Nationalstaat,²⁶ der – völkerrechtlich betrachtet, nicht jedoch was den weiteren Umgang mit der NS-Vergangenheit angeht – dort angekommen ist, wonach so lange gesucht wurde: am Ende der Nachkriegszeit.

Anmerkungen

- 1 Dies lässt sich anhand der Berichterstattung in der deutschen Presse seit Anfang des Jahres 1965 sehr gut verfolgen. Ausgewertet wurden folgende Zeitungen: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung, Die Welt, Die Zeit, Der Spiegel.
- 2 Süddeutsche Zeitung, 10. 5. 1965, »Polen feiert in Breslau«.
- 3 Im Bundestag sprach der Historiker Hans Rothfels, vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 59, 2. 4. 1965, »Bismarck – Gedanken zum Gedenken«; sowie Auswärtiges Amt (Hg.), Gedenkfeier zum 150. Geburtstag des Reichskanzlers Otto von Bismarck, Bonn 1965.
- 4 Süddeutsche Zeitung, 8./9. 5. 1965, »Erhard zum 20. Jahrestag der Kapitulation«.
- 5 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. 5. 1965, »Brandt: Zwanzig Jahre sind genug«.
- 6 Süddeutsche Zeitung, 26. 4. 1965, »Lübke am Ehrenmal von Bergen-Belsen«. Zu den ehemaligen Konzentrationslagern als Gedenkstätten: Peter Reichel, Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, München/Wien 1995; Ulrike Puvogel/Martin Stankowski (Hg.), Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation, Bd. 1, Bonn ²1995; Annegret Ehmann u. a. (Hg.), Praxis der Gedenkstättenpädagogik. Erfahrungen und Perspektiven, Opladen 1995; Ulrich Borsdorf/Heinrich Theodor Grütter (Hg.), Orte der Erinnerung. Denkmal, Gedenkstätte, Museum, Frankfurt am Main/New York 1999.
- 7 Vgl. Evangelischer Pressedienst Nr. 35, 19. 10. 1965.
- 8 Vgl. Edgar Wolfrum, Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001; Petra Bock/Edgar Wolfrum (Hg.), Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich, Göttingen 1999.
- 9 Vgl. Mario Rainer Lepsius, Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des »Großdeutschen Reiches«, in: ders., Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1993, S. 229–245; Peter Graf Kielmansegg, Lange Schatten. Vom Umgang der Deutschen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, Berlin 1989; Manfred Kittel, Die Legende von der »Zweiten Schuld«. Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer, Frankfurt am Main/Berlin 1993; Jürgen Danyel (Hg.), Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus

- und Widerstand in den beiden deutschen Staaten, Berlin 1995; Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996; Jeffrey Herf, Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, Berlin 1998.
- 10 Vgl. Felix Ph. Lutz, Empirisches Datenmaterial zum historisch-politischen Bewußtsein, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Bundesrepublik Deutschland – Geschichte, Bewußtsein, Bonn 1989, S. 165; Anselm Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999.
 - 11 Vgl. die Umfrageergebnisse in *Le Monde*, 21./22. 7. 1963.
 - 12 Barzel in der Zeitschrift »Unenteilbares Deutschland«, Juni 1964. Zum Gesamtzusammenhang: Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990, Darmstadt 1999.
 - 13 Hans-Adolf Jacobsen, Vom Wandel des Polenbildes in Deutschland (1772–1972), in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 21/73, S. 3–21.
 - 14 Freie demokratische Korrespondenz, 21. 6. 1966, »Der Schlag gegen Europa«.
 - 15 Vgl. Wolfrum, Geschichtspolitik [wie Anm. 12], S. 258 ff.
 - 16 Charles S. Maier, Die Gegenwart der Vergangenheit. Geschichte und nationale Identität der Deutschen, Frankfurt am Main/New York 1992, S. 15 ff.
 - 17 Aleida Assmann/Ute Frevert, Geschichtsvergessenheit. Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945, Stuttgart 1999, S. 45; siehe auch Gesine Schwan, Politik und Schuld. Die zerstörerische Macht des Schweigens, Frankfurt am Main 1997.
 - 18 Anton Pelinka, Vom Umgang mit der Geschichte. Denkmäler und historische Erinnerung in der Zweiten Republik, in: Bundesministerium für Unterricht und Kunst (Hg.), Denkmal und Erinnerung. Spurensuche im 20. Jahrhundert, Wien 1993, S. 17; Meinhold Lurz, Kriegerdenkmäler in Deutschland, Bd. 6: Bundesrepublik, Heidelberg 1987; Reinhart Koselleck/Michael Jeismann (Hg.), Der politische Totenkult. Kriegerdenkmäler in der Moderne, München 1994.
 - 19 Vgl. Peter Steinbach, Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen. Ausgewählte Schriften, Paderborn u. a. 2001; Gerd R. Ueberschär (Hg.), Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime, Köln 1994.
 - 20 Thomas Kühne, Die Viktimisierungsfälle. Wehrmachtsverbrechen, Geschichtswissenschaft und symbolische Ordnung des Militärs, in: Michael Th. Greven/Oliver von Wrochem (Hg.), Der Krieg in der Nachkriegszeit. Der Zweite Weltkrieg in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik, Opladen 2000, S. 183–196.
 - 21 Michael Kumpfmüller, Die Schlacht von Stalingrad. Metamorphosen eines deutschen Mythos, München 1996; Außerdem die kontroversen Beiträge über »Stalingrad als Geschichtszeichen« von Helmut Lethen und Sabine Behrenbeck, in: Heinz Dieter Kittsteiner (Hg.), Geschichtszeichen, Köln u. a. 1999, S. 153–180 und S. 181–198; Wolfram Wette/Gerd R. Ueberschär (Hg.), Stalingrad. Mythos und Wirklichkeit einer Schlacht, Frankfurt am Main 1992.
 - 22 Vgl. Kumpfmüller, Stalingrad [wie Anm. 21], S. 226.
 - 23 Rainer Münz/Rainer Ohlinger, Vergessene Deutsche – erinnerte Deutsche. Flüchtlinge, Vertriebene, Aussiedler, in: *Transit* 15 (1998), S. 141–157; Mathias Beer, Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt »Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, in: Viertel-

- jahrshefte für Zeitgeschichte 46 (1998), S. 345–389; Edgar Wolfrum, Zwischen Geschichtsschreibung und Geschichtspolitik. Forschungen zu Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte 36 (1996), S. 500–522.
- 24 Ulrich Herbert, Der Holocaust in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik Deutschland, in: Bernhard Moltmann u. a. (Hg.), Erinnerung. Zur Gegenwart des Holocausts in Deutschland-West und Deutschland-Ost, Frankfurt am Main 1993, S. 31–45; Werner Bergmann, Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949–1989, Frankfurt am Main/New York 1997; Rolf Steininger (Hg.), Der Umgang mit dem Holocaust. Europa – USA – Israel, Wien 1994.
- 25 Herbert, Der Holocaust [wie Anm. 24], S. 38.
- 26 Vgl. Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen. Bd. 2: Deutsche Geschichte vom »Dritten Reich« bis zur Wiedervereinigung, München 2000, S. 536 ff.